

Das «Bauernopfer» lohnt sich nicht

Es ist politisch absurd, für eine homöopathische Dosis Wachstum und wenig geringere Preise die Schweizer Landwirtschaft durch ein Agrarfreihandelsabkommen aufs Spiel zu setzen.

Der Bundesrat und insbesondere Bundesrätin Doris Leuthard würde lieber heute als morgen ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU schliessen. Denn, so wird uns gesagt, dass sei «ein volkswirtschaftlich höchst sinnvolles Projekt». Es würde in der Schweiz zusätzliches Wachstum bringen und unser Bruttoinlandprodukt um 0,5 Prozent erhöhen. Es würde zu einer Senkung der Lebensmittelpreise um 25 Prozent führen und so den Konsumentennutzen bei den Schweizer Haushalten steigern. Und es würde ganz neue Exportchancen für Schweizer Lebensmittel in den EU-Raum eröffnen, wo 500 Millionen potenzielle Kunden auf Schweizer Spezialitäten warteten.

Einen Nachteil brächte das Agrarfreihandelsabkommen allerdings auch, wie der Bundesrat ehrlicherweise einräumt. Das Einkommen der Landwirte ginge in den Jahren nach Einführung eines solchen Abkommens kumuliert um mehrere Milliarden Franken zurück und einem Grossteil der Bauern bliebe nichts anderes übrig, als seinen Beruf an den Nagel zu hängen. Doch der Bundesrat ist offenbar der Meinung, dass ein so grossartiges Projekt wie das geplante Agrarfreihandelsabkommen ein solches «Bauernopfer» rechtfertigt. Grosse Ideen in der Weltgeschichte haben schon immer den grosszügigen Umgang mit Problemen von Minderheiten erfordert.

Aus Landwirten werden vom Staat bezahlte Wiesenpfleger

Was bei einem vollständigen Wegfall des Grenzschutzes noch bleiben wird, sind neben einigen Grossbetrieben im Mittelland ein paar kleinere Hersteller von lokalen Spezialitäten wie Appen-

zellerkäse oder Bündnerfleisch, die zusammen mit Alphornbläsern und Jodlerinnen zum touristischen Heidiland-Image der Schweiz beitragen. Will man den Bauernstand jedoch flächendeckend erhalten, dann funktioniert das bei vollständig liberalisierten Agrarmärkten nur mit noch höheren Zahlungen an die Bauern, da diese dann durch den Verkauf ihrer Produkte nicht einmal mehr ihre Produktionskosten decken können.

Also wird man die Produktion nach und nach einstellen und aus Landwirten werden so vom Staat bezahlte Landschaftsgärtner und Wiesenpfleger, die nur noch Karikaturen dessen sind, was sich früher einmal Bauer nannte. Von der in der Verfassung vorgeschriebenen «sicheren Versorgung der Bevölkerung» kann unter diesen Umständen keine Rede mehr sein.

Der Boden lässt sich nicht beliebig vermehren

Ausser in Neuseeland und Australien (bis zur einsetzenden Dürre im Jahre 2001), wo so viel landwirtschaftlich nutzbare Fläche vorhanden ist, dass praktisch alle Bauern unter die Kategorie Grossbauern fallen, schaffen es die Bauern in keinem Industrieland, ohne staatliche Unterstützung zu überleben. Das gilt auch für den weltweit grössten Exporteur von Agrargütern, die USA, welche die Subventionen in den letzten Jahren nochmals massiv ausgebaut hat.

Die Landwirtschaft hat nämlich ein entscheidendes Handicap: Ihr wichtigster Produktionsfaktor, der Boden, lässt sich im Unterschied zum Produktionsfaktor Kapital, der in andern Branchen wesentlich die Produktionsmöglichkeiten bestimmt, nicht beliebig vermehren. Zwar versuchten die Bauern seit Jahrhunderten, ihre Böden immer intensiver zu bewirtschaften, um so die Produktivität zu erhöhen, doch damit gerieten sie nur in die sogenannte landwirtschaftliche Tretmühle.

Immer weniger Bauern produzieren immer mehr

Der Prozess der landwirtschaftlichen Tretmühle spielt sich folgendermassen ab: Der einzelne Bauer hat unter heutigen Bedingungen kaum eine Möglichkeit, seine Produkte zu differenzieren und sich von seinen Konkurrenten abzuheben. Lebensmittelhersteller wie Emmi oder Migros, welche den Bauern ihre Produkte abkaufen, wollen homogene Produkte (z.B. Rohmilch, Weizen), wo es nicht drauf ankommt ob sie von Bauer A oder von Bauer B stammen. Also kann sich Bauer A nur vom Bauer B abheben, indem er billiger produziert und seine Arbeitsproduktivität durch Kauf von immer mehr Maschinen, Anpflanzung ertragreicherer Sorten oder die Anwendung besserer Düngemittel erhöht.

Dies führt zu einem gewaltigen Verdrängungswettbewerb, bei dem immer weniger Bauern immer mehr Lebensmittel produzieren, aber gleichzeitig die Preise fallen und das gesamte bäuerliche Einkommen zurückgeht.



Gemeinsam mit Alphornbläsern zum Heidiland-Image der Schweiz beitragen: Fällt der Grenzschutz weg, ist das eine der wenigen Verdienstmöglichkeiten, die dem Landwirt übrig bleiben. (Bild keystone)

Genau das kann man auch in der Schweiz beobachten. So sind die Preise, welche die Bauern für ihre Erzeugnisse erhalten, von 1994 bis 2006 um rund ein Viertel geschrumpft. Die von den Konsumenten bezahlten Preise für Lebensmittel sind jedoch gleichzeitig um etwa 10 Prozent gestiegen. Profitiert haben somit die Lebensmittelhersteller, die zum Beispiel Milch immer billiger einkaufen konnten und mit einem hoch diversifizierten Angebot an relativ teuren Milchprodukten ihren Umsatz steigerten.

Diese Entwicklung wird sich bei Einführung des Agrarfreihandels noch erheblich be-

schleunigen, da die Lebensmittelhersteller den Schweizer Bauern dann aufgrund der ausländischen Konkurrenz immer geringere Preise zahlen werden oder die landwirtschaftlichen Rohstoffe gleich direkt im Ausland beziehen.

Ein politischer und nicht ein ökonomischer Entscheid

Aus rein ökonomischen Überlegungen heraus hätten wir die Landwirtschaft in der Schweiz also schon längst aufgeben müssen. Wenn der Bundesrat wirtschaftliches Wachstum und eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit als das wichtigste Ziel in der Landwirtschaft erachtet,

dann könnte man mit der totalen Aufgabe der landwirtschaftlichen Produktion in der Schweiz einen noch viel grösseren Effekt erzielen. Dass wir die Landwirtschaft hierzulande erhalten, ist ein politischer und kein ökonomischer Entscheid.

Politik, die das Überleben immer schwerer macht

Im Vordergrund stehen dabei Ziele wie die Versorgungssicherheit (Ernährungssouveränität), gesunde Ernährung, Erhaltung der Kulturlandschaft und Ökologie. Und wenn man den politischen Entscheid zur Erhaltung der Landwirtschaft einmal getroffen hat, dann ist es abwegig

in der Folge eine Politik zu betreiben, welche das Überleben für die Bauern immer schwerer macht. Aber genau das tut der Bundesrat.

Doch selbst aus einer rein wirtschaftlichen Perspektive drängt sich das geplante Agrarfreihandelsabkommen nicht auf. Die 0,5-Prozentige Erhöhung des BIP brächte, sofern sie überhaupt eintritt, pro Kopf gerade einmal 280 Schweizer Franken im Jahr und ist angesichts der Ungenauigkeit solcher Prognosen kaum der Rede wert.

Die Konsumenten würden nicht besser gestellt

Besser klingt da schon die erwartete 25-prozentige Senkung der Preise für Lebensmittel. Allerdings hat das mit den Schweizer Bauern nur wenig zu tun. Von den rund 30 Milliarden Franken, die Schweizer Haushalte pro Jahr für Nahrungsmittel ausgeben, gehen weniger als sechs Millionen (also weniger als 20%) an die hiesige Landwirtschaft und das mit stets sinkender Tendenz. Der grösste Teil der Nahrungsmittelausgaben landet bei der Verarbeitung und beim Handel als sogenannte Marktspanne. In den Supermärkten sind die Lebensmittelpreise durch das Auftreten von ausländischen Discountern wie Aldi oder Lidl aber bereits unter Druck gekommen und der Preisabstand zur EU hat sich verringert. Ein Agrarfreihandelsabkommen führt zwar zu noch etwas geringeren Lebensmittelpreisen, aber dafür geht die lokale Versorgung mit gesunden Nahrungsmitteln aus der Region verloren. Die Konsumenten würden somit insgesamt nicht besser gestellt.

Die Zwängerei ist hausgemacht

Mit den Exportchancen für Lebensmittel in den EU-Raum ist es auch nicht weit her. Ob dort 500 Millionen sehnsüchtig auf den exotischen Geschmack von Appenzeller-Käse oder Glarner-Schabzieger warten, kann mit Recht bezweifelt werden. Zwar werden sich die Exportchancen für einige Lebensmittelhersteller wie Nestlé oder Emmi verbessern, aber davon hat der Schweizer Bauer überhaupt nichts.

Entweder er verkauft ihnen seine Rohprodukte ebenfalls zum tieferen EU-Preis, oder die Lebensmittelhersteller werden Milch und Fleisch einfach billiger im Ausland einkaufen. So kann es denn sein, dass in Zukunft Appenzeller-Käse aus französischer Milch als «Swissness-Produkt» mit lachenden Schweizer Trachtenbauern auf der Verpackung in die EU exportiert wird. Nur die echten Schweizer Bauern haben dabei nichts zu lachen.

Es ist politisch absurd, für eine homöopathische Dosis Wachstum und wenig geringere Lebensmittelpreise das Überleben der Schweizer Landwirtschaft mit einem Agrarfreihandelsabkommen aufs Spiel zu setzen, obwohl die Schweiz gar nicht unter Druck steht. Die Zwängerei ist vielmehr hausgemacht und kommt vom Bundesrat. *Mathias Binswanger*

Zur Person



Mathias Binswanger ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Nordwestschweiz in Olten und Privatdozent an der Universität St. Gallen. Binswanger publiziert sowohl in Fachzeitschriften als auch in der Presse. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Makroökonomie, Finanzmarkttheorie, Umweltökonomie sowie in der Erforschung des Zusammenhangs zwischen Glück und Einkommen. Zu diesem Thema schrieb er das 2006 publizierte Buch «Die Tretmühlen des Glücks». Im Januar erscheint sein neues Buch «Globalisierung und Landwirtschaft – Mehr Wohlstand durch weniger Freihandel» beim Picus-Verlag in Wien.